Freitag, 9. September 1921 · 69. Jahrgang Nr. 424

Berliner

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M. 2.– wöchentlich, M. 8.50 monatlich im voraus zahlbar, bei Postbezug monatlich M 8.– und vierteljährlich M 24.– einschliesslich Zustellung. Insertionspreis die Zeile M. 5.–; Familien-Anzeigen für Abonnenten M 1.50 die Zeile, Kleine Anzeigen das Wort M 1.–, das fettgedruckte Wort M 1.50. Abonnements und Anzeigen nehmen auch die nachstehend aufgeführten Filialen entgegen. Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46–49. Fernsprecher Zentrum Nr. 10131–10144; für den Fernverkehr Nr. 14207–14209. Telegramm-Adresse „Vauzet", Berlin. Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Str 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 226, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 107, Kochhannstrasse 9, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Rheinsberger Str. 79, Fennstr 1, Müllerstr 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Strasse 68, Rathenower Str 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str 33, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 84, Scharrenstr. 39, Nürnb. Str 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1, Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Strasse 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr 4a; Niederschöneweide: Brückenstr 22; Potsdam: Brandenburger Strasse 23; Spandau: Breite Strasse 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Umbildung des Preußenkabinetts gescheitert.

Ergebnislose und unzulängliche Verhandlungen.

Ueber die interfraktionelle Sitzung, die im Abgeordnetenhaus unter Vorsitz des Landtagspräsidenten Leinert stattfand, wird mitgeteilt:

Auf Einladung des Präsidenten des preußischen Landtags fand am Donnerstag nachmittag eine Verhandlung zwischen den früheren Koalitionsparteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten, statt. Gegenstand der Verhandlung war eine Aussprache über die etwaige Neubildung der preußischen Regierung. **Nach zweieinhalbstündiger Beratung war festzustellen, daß eine Uebereinstimmung einstweilen nicht erreicht werden könnte.** Die Besprechungen sollen zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

*

Das Ergebnis ist ebenso miserabel wie das Deutsch, in dem die offiziöse Mitteilung abgefaßt ist.

*

Ueber den Verlauf der interfraktionellen Besprechung erfahren die „P. P. N." noch folgende Einzelheiten: Nachdem Landtagspräsident Leinert unter Hinweis auf die jüngsten politischen Ereignisse und eine Anregung des Ministerpräsidenten Stegerwald die Einberufung der Besprechung begründet hatte, wurde seitens des Zentrums zunächst die Forderung erhoben, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Siering, den Vorwurf widerrufe, den er bei der Bildung des Kabinetts Stegerwald gegen die Unterhändler des Zentrums und der Demokraten erhoben habe, nämlich daß das Kabinett Stegerwald aus Wortbruch und Treubruch hervorgegangen sei. Abgeordneter Siering bedauerte, zu einem solchen Widerruf nicht in der Lage zu sein, da die aufgestellte Behauptung seiner festen und unwandelbaren Ueberzeugung entspräche; wohl aber sei er bereit, gemeinsam mit den Herren von den anderen Parteien eine geeignete Formulierung zu suchen, welche das Moment der persönlichen Beleidigung ausschalte und nur den objektiven Inhalt der Behauptung aufrecht erhielte.

Als allgemeine politische Orientierung hielten sodann Zentrum und Demokraten daran fest, daß die Neubildung der preußischen Regierung nur auf der Basis der breiten Koalition, das heißt unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei, stattfinden könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Gedanke abgelehnt; es könne sich jetzt lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokratie wieder in die preußische Regierung eintrete und damit Preußen eine Regierung erhalte, welche die gleiche Tendenz und die gleiche Zusammensetzung hätte, wie das Kabinett Dr. Wirth im Reiche. Eine Vereinigung der verschiedenen Standpunkte war nicht zu finden. Präsident Leinert schlug vor, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. **Auch dieser Vorschlag wurde vom Zentrum und den Demokraten abgelehnt.** Unter diesen Umständen ging die interfraktionelle Besprechung gänzlich ergebnislos auseinander, und es ist nicht anzunehmen, daß vor dem Wiederzusammentritt des Landtags Ende September noch irgendwelche weiteren Versuche zur Umbildung der preußischen Regierung unternommen werden.

Wie „P. P. N." weiter hören, hat Präsident Leinert dem Ministerpräsidenten Stegerwald Mitteilung davon gemacht, daß der Versuch, zu dem Stegerwald ihn angeregt habe, gescheitert sei. Auch Stegerwald habe sich daraufhin einverstanden erklärt, daß Präsident Leinert seine Mission als beendet ansieht und vorläufig keine weiteren Schritte unternimmt.

An der Konferenz haben außer dem Einberufer, dem Landtagspräsidenten Leinert, teilgenommen vom Zentrum die Abgeordneten Herold, Brust und Greve, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Siering, Limbertz und Bartels, von den Demokraten die Abgeordneten Oeser, Schreiber und Janssen-Böricke.

Vorläufiger Abschluß der bayerischen Verhandlungen.

Noch keine Entscheidung.

Berlin, 8. September. (W. T. B.)

Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien haben heute nachmittag einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die bayerischen Vertreter reisen heute abend nach München und werden das Ergebnis der Besprechungen mit der Reichsregierung der bayerischen Regierung und dem ständigen Ausschuß des Landtags unterbreiten, der am Sonnabend zusammentritt.

Weitere Zeitungsverbote.

Durch Verfügung des Reichsministeriums des Innern wurde heute die in Kassel erscheinende „Hessische Arbeiterzeitung", das Organ der Kommunistischen Partei für Hessen, Waldeck und Südhannover, verboten und durch die Kriminalpolizei beschlagnahmt bzw. am Erscheinen verhindert.

Hannover, 8. September.

Oberpräsident Noske hat das deutschnationale „Göttinger Tageblatt" wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten auf 14 Tage verboten und die Beschlagnahme der Nr. 210 vom 8. September angeordnet.

Der „Ostdeutsche Herold".

Umgehung des Verbots der „Oberschlesischen Morgenpost"?

Gleiwitz, 8. September. (Dena).

Seit gestern erscheint als Parteiorgan der Deutschnationalen Volkspartei in Oberschlesien der „Ostdeutsche Herold".

Berichtsbesprechung in Genf.

Eine Rede Lord Robert Cecils.

Genf, 8. September.

In der heutigen Vormittagssitzung trat die Völkerbundsversammlung in die erste große öffentliche Beratung des Berichts ein, den der Völkerbundsrat der Versammlung zugestellt hat. Damit steht die eigentliche Völkerbundsarbeit im letzten Jahre zur öffentlichen Diskussion.

Branting (Schweden) eröffnete die Debatte mit einer längeren Rede, die eine sehr entschiedene Kritik an dem Bericht des Völkerbundsrats darstellt. Es war die erste Oppositionsrede dieses Jahres. **Bei aller Anerkennung hielt Branting die Feststellung für notwendig, daß der Völkerbund noch nicht den Wünschen der Weltstimmung Rechnung getragen habe.** Man habe auch vielfach den Eindruck, daß die Beschlüsse nicht von ihm, sondern von anderer Stelle gefaßt worden seien.

Lord Robert Cecil, der wegen seines oft sensationellen Eingreifens im letzten Jahre mit Spannung erwartet wurde, hielt diesmal eine sehr gemäßigte Rede, welche verschiedene Vorwürfe Brantings zurückwies und vor allem das Sekretariat in Schutz nahm. Er hob bei der Besprechung der Tätigkeit des Rates die geschickte Regelung der Danziger Angelegenheit hervor. **Dann sprach er die Hoffnung aus, daß die ungemein wichtige oberschlesische Frage auch eine gerechte Lösung finden möge.** Er beklagte es, daß der polnisch-litauische Konflikt bisher nicht beigelegt worden sei. Besonders eingehend besprach Cecil die Mandatsfrage.

Eine Einladung an de Valera.

Lloyd George will den Frieden.

London, 8. September. (W. T. B.)

In der Antwort der britischen Regierung an de Valera wird an diesen die Frage gerichtet, ob er bereit sei, sich am 20. d. M. an der Konferenz in Inverneß zu beteiligen, um zu ermitteln, wie die Verbindung Irlands und des britischen Reichs am besten mit den nationalen Bestrebungen der Iren in Einklang gebracht werden könnte.

*

Lloyd George wünscht unter allen Umständen Versöhnung und Ausgleich; seine ganze Politik geht darauf hinaus, die Gegensätze zu überbrücken, die drei Standpunkte von einander trennen. Zum Verständnis des irischen Problems, das ein Problem des britischen Imperiums ist, muß beachtet werden, daß heute der Meinungsunterschied zwischen Belfast und Dublin ausgeprägter und schwerer zu überbrücken ist als der zwischen London und jedem der beiden feindlichen irischen Zentralen. Das Ulster-Parlament ist ausgesprochen unionistisch orientiert, während der „Dail Eirean", der „irische Tag" de Valeras die ganze Unabhängigkeit der grünen Insel erkämpfen will. Mit dem Ministerpräsidenten von Ulster, Herrn Craigh, an sich ist Lloyd George jederzeit einig; er will aber nicht Ulster, er will ganz Irland. Und so ward er gezwungen, aus dem kühl wägenden Verstande des mit allen Wassern gewaschenen Staatsmannes heraus an de Valeras Sinnfeiner Konzessionen zu machen, die, schmerzlich oder nicht, einzig geeignet sind, das Band, das das vereinigte Königreich umschlingt, zu erhalten. De Valera ist nicht mehr Rebell, er ist ein ebenbürtiger Vertragspartner geworden, mit dem gemeinsam die mittlere Linie zu suchen ist, die auch die hauptsächlich wirtschaftlich orientierten Ulsterleute zufriedenstellt, und die Vergangenheit Englands spricht dafür, daß Lloyd George sie auch findet.

Die Behandlung der irischen Frage ist das klassische Beispiel für die Wertung englischer Staatskunst. London hat keine Verständnis für den Hakatismus und die Wackes-Politik im Sinne verflossenen Preußentums. Es erkennt die Grenzen seiner Macht im klaren Blick für die realen Verhältnisse und stellt sich demnach ein. Vier Jahre nach dem Vernichtungsfrieden von Vereeniging gab Campbell-Bannerman den Südafrikanern das Recht der Selbstverwaltung, und Smuts und Botha wurden treueste und höchst einflußreiche Bürger des britischen Imperiums. Wird auch Irland auf gleiche Weise gewonnen werden?

Das ist die Lebensfrage. Ebenbürtige Spieler stehen sich gegenüber, und die Welt ist voll Spannung, weil sie weiß, daß nicht irgendwelche begrenzt lokalen Dinge, sondern **Weltentscheidungen zur Debatte stehen.**

Der Stand der Ortsklasseneinteilung.

Von

C. Delius, M. d. R.

Die Frage der endgültigen Ortsklasseneinteilung ist nicht nur für die gesamte Arbeitnehmerschaft einschließlich der Beamten, sondern auch für Kriegsbeschädigte, Invalide, Witwen und Waisen, und nicht zuletzt für die gesamte Arbeitgeberschaft von großer Bedeutung. Es dürfte daher erwünscht sein, einen kurz gefaßten Ueberblick über die bisherigen Maßnahmen in dieser Angelegenheit und über ihren gegenwärtigen Stand zu geben.

Ursprünglich gab es sechs Ortsklassen (Gesetz von 1873). Sie waren gebildet auf Grund der Mietpreise. Steuern und Lebensmittelpreise wurden nur ganz nebenher mit in Betracht gezogen. 1903 wurde die sechste Klasse beseitigt. Der Wunsch der Beamten, für die zunächst allein die Ortsklassen allein Bedeutung hatten, weil nach ihnen der Wohnungsgeldzuschuß bemessen wurde, ging dahin, nicht nur die Mietpreise, sondern auch die sonstigen Teuerungs- und Steuerverhältnisse zu berücksichtigen. An Stelle des Wohnungsgeldzuschusses verlangte man sogenannte „Ortszulagen". Hierbei ist zu bemerken, daß die Lehrer den vollen Betrag für die Wohnung als „Wohnungsgeld" erhalten. Für die unverheirateten Lehrer war der Zuschuß gekürzt. 1908 fand eine Revision des Gesetzes von 1873 statt. Der Wunsch der Beamten blieb unberücksichtigt. Lediglich die Durchschnittspreise der Beamtenwohnungen (Dreizimmerwohnung für mittlere Beamten) galten als Maßstab. Auf Grund dieser Ermittelungen fand eine anderweite Einteilung innerhalb der fünf Ortsklassen statt. Preußen regelte zunächst 1908 provisorisch die Angelegenheit, gab aber seine günstigere Gestaltung zugunsten der reichsgesetzlichen Regelung 1910 wieder preis.

Als man Anfang 1919 die während des Kreiges eingeführten „Teuerungszulagen" bedeutend erhöhte, schuf man drei Teuerungsklassen: besonders teuere, teuere und weniger teuere Orte. Nach diesem Schema wurden die Zulagen abgestuft. Daneben bestanden die Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten und die Wohnungsgelder für die Lehrer nach den bisherigen fünf Ortsklassen weiter.

Erst die neue Besoldungsregelung (Besoldungsgesetz, Mai 1920) machte dem unübersichtlichen Zustand ein Ende. Es wurden nun die „Ortszulagen" eingeführt, und zwar auf Grund der Ortsklasseneinteilung von 1908. Inzwischen wurden die Statistischen Aemter der Länder beauftragt, Ermittelungen für ein neues Ortsklassengesetz anzustellen, das ebenfalls fünf Ortsklassen vorsah. Ein Antrag Delius-Remmers im Besoldungsausschuß der Nationalversammlung verlangte drei Ortsklassen auf Grund der drei Teuerungsklassen. Er fand gegen Deutschnationale, Zentrum und Sozialdemokraten keine Annahme. Das war eine schwere Schädigung für die Beamten. Die Ermittelungen stützten sich auf Teuerungszahlen der notwendigsten Lebensmittel (nicht der Gebrauchsartikel, wie Kleidung und Schuhe!), der Mietpreise und der Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung. Alles übrige blieb außer Ansatz. Die Erhebungen haben nur für Gemeinden mit über zehntausend Einwohnern stattgefunden. Sie erstreckten sich auf die Monate Februar bis November 1920 und sind bis in die neueste Zeit fortgesetzt worden.

Vorweg wurden eine Anzahl größerer Orte bereits im Dezember 1920 mit Wirkung vom 1. April 1920 in höhere Klassen eingereiht.

Zu Beginn dieses Jahres zeigte sich nun, daß die Ermittelungen noch nicht abgeschlossen werden konnten und daß die Vorarbeiten für ein neues Ortsklassengesetz noch längere Zeit beanspruchen würden. Man entschloß sich deshalb zu einer „vorläufigen Regelung". Alle Orte, deren Höherstufung unzweifelhaft feststand, wurden entsprechend höher eingereiht. Es waren rund 7000 Orte mit Hunderttausenden von Beamten. Die vorläufige Regelung basierte auf den Vorschlägen des Statistischen Reichsamts. Der Reichstag hat sich auf eine Einzelberatung gar nicht eingelassen, sondern die im Reichsrat genau vorberatenen Vorschläge unverändert zum Gesetz erhoben. Neben den Teuerungsziffern wurden auch noch andere Verhältnisse berücksichtigt, wie die in Bade-, Kur-, Industrieorten usw.

Für die Orte unter 10 000 Einwohnern waren in erster Linie die gutachtlichen Berichte der politischen Behörden grundlegend. Ein Antrag Delius-Pachnicke im Hauptausschuß des Reichstags fand Annahme, wonach die Einstufung nach bestimmten Wirtschaftsgebieten vorzunehmen sei, weil das bisher beliebte Verfahren eine einwandfreie, gerechte Lösung unmöglich machte. Bei der provisorischen Regelung wurde teilweise bereits nach dem Antrag Delius-Pachnicke verfahren. Seine weitere Anwendung bei der endgültigen Gesetzesgestaltung ist dringend geboten. Für die Einreihung sind vom Statistischen Reichsamt folgende Teuerungsdurchschnittszahlen festgelegt worden: für A 892, B 819, C 712, D 638.

Durch Beschluß des Hauptausschusses wurde der auf demokratische Anregung ins Leben gerufene (23.) Ausschuß für Beamtenangelegenheiten mit der Vorberatung des endgültigen Ortsklassengesetzes beauftragt. Er sprach sich zunächst grundsätzlich dafür aus, daß statt der fünf Ortsklassen nur drei zu bilden seien. Die Regierung erklärte sich dagegen. In der **nächsten Sitzung zogen Volkspartei, Zentrum und Mehrheits-**